

Auf einen Blick

- Heute mit Sonderseiten: Auto im Winter
- Wetter: Wechselhaft Seite 23
- Börse: Schwach Seite 8
- Roman Seite 14
- Leserbriefe Seite 23
- Service - Verbraucher Seite 24

Kein Kunstministerium geplant

Die Errichtung eines eigenen Kunstministeriums wird von Baden-Württembergs Ministerpräsident Lutz Späth nicht befürwortet. Dies wurde gestern bei der Vorlage der baden-württembergischen Kunstkonzeption deutlich.

Baden-Württemberg Seite 6

Zinskurve steht kopf

Wer Geld anlegen und Zinsen kassieren will, weiß es schon länger: Die Zinskurve steht kopf. Seit dem Sommer 1989 bringt die kurzfristige Geldanlage mehr Gewinn als die langfristige. Wirtschaft Seite 7

Rekordaufnahme für den VfB

Für eine Rekordaufnahme des VfB Stuttgart von rund zwei Millionen Mark sorgten die 600 Zuschauer und das TV-Publikum für die Live-Übertragung des Achtelfinals im DFB-Pokal gegen den FC Bayern München. Sport Seite 9

Klinikbau: Wann geht's weiter?

Geht es bereits in der zweiten Hälfte 1990 voran oder erst ein Jahr später? Der Zeitpunkt für den Weiterbau des städtischen Krankenhauses Am Gesundbrunnen Heilbronn bleibt ungewiss. Stadt- und Landkreis Heilbronn Seite 17

HEILBRONNER STIMME

Zeitung für die Region Franken

Mittwoch, 8. November 1989 / Nr. 258

H

E 3601 A

Einzelpreis 1.20 DM

Koalition einig

Milliarden-Paket soll Wohnungsnot lindern

Bonn (AP): Mit einem Milliardenprogramm will die Bonner Koalition von CDU, CSU und FDP der Wohnungsnot in der Bundesrepublik beikommen. Eine Koalitionsrunde einigte sich nach Angaben von Teilnehmern gestern darauf, in den nächsten vier Jahren insgesamt acht Milliarden Mark für den Bau von rund 600 000 Sozialwohnungen bereitzustellen. Die Länder sollen einen Beitrag in gleicher Höhe leisten. Bisher war in der Finanzplanung des Bundes für diesen Zeitraum ein Betrag von nur 4,5 Milliarden Mark vorgesehen. Das Maßnahmenpaket sieht ferner eine Sonderabschreibung für Bauherren vor. Siehe Seite 2

Stadtheater Heilbronn kooperiert mit Russischem Staatsschauspielhaus „Käthchen“ spielt bald auf Moskauer Bühne

Heilbronn (uw): Das „Käthchen von Heilbronn“ als kulturelle Botschafterin in Moskau - die Zusammenarbeit zwischen einer der größten sowjetischen Schauspieltruppen und dem Heilbronner Stadttheater könnte diese Vision realisieren. Gestern wurde am Berliner Platz eine Kooperation vorbereitet: Der Heilbronner Intendant Klaus Wagner soll das Kleistsche Drama 1990 an der Moskwa inszenieren.

Das Heilbronner Stadttheater wird seine Zusammenarbeit mit großen Theatern des ehemaligen Ostblocks ausweiten: Am Berliner Platz wurde gestern eine Vereinbarung unterschrieben, die eine langfristige Kooperation zwischen Heilbronn und dem „Malyi-Theater“ in Moskau über herausragende Spielstätten des Russischen Staatsschauspiels in der sowjetischen Hauptstadt, vorsieht. Nach einem Aufenthalt der Intendant des großen Mos-



Die Zusammenarbeit wurde besiegelt: Verwaltungsdirektor Yuri Kuvshinov, Intendant Viktor Korshunov, Verwaltungsdirektor Jürgen Frahm, der künstlerische Leiter Juri Solomin und Intendant Klaus Wagner (von links) vereinbarten jetzt einen langfristigen künstlerischen Austausch zwischen dem Stadttheater Heilbronn und dem Moskauer „Malyi-Theater“.

kauer Theaters - Intendant Viktor Korshunov, Juri Solomin, künstlerischer Direktor, und Verwalterleiter Yuri A. Kuvshinov willten über das Wochenende in der Moskauer Stadt - wurde auch der Austausch von Schauspielproduktionen zwischen beiden Häusern beschlossen. Im April nächsten Jahres schon, soll die aktuelle Heilbronner Inszenierung „Pia!“, den weiten Weg in die russische Metropole antreten. Das „Käthchen von Heilbronn“ das Klaus Wagner Mitte 1990 am Malyi-Theater inszenieren wird - die russische Erstaufführung des Kleistschen Dramas - könnte dann im Gegenzug als eine jener „Käthchen“-Interpretationen am Berliner Platz gezeigt werden, die das Heilbronner Festjahr zum 1250. Stadtjubiläum (1991) bereichern sollen. Umgekehrt wurde vereinbart, daß ein Moskauer Theaterregisseur am Neckar ein russisches Stück - in Ergänzung zu einer anderen Heilbronner Musical-Produktion möglichweise den „Kirschgarten“ von Anton Tschechow - in Szene setzt.

DDR-Regierung tritt ab Reisesgesetz fällt durch

Umfassende Erneuerung der SED-Spitze im Gang

Berlin (dpa/AP): Die DDR-Regierung unter Führung von Regierungschef Willi Stoph ist gestern zurückgetreten. Damit wurde die von DDR-Staats- und Parteichef Egon Krenz umfassende personelle Erneuerung der Führungsspitze in Ost-Berlin überraschend schnell eingeleitet. Eine vorgezogene Sitzung der DDR-Volkskammer, dem Parlament des Landes, in der nächsten Woche wird nicht mehr ausgeschrieben. Der Entwurf für das neue Reisesgesetz wurde derweil vom DDR-Volkskammerausschuß als nicht akzeptabel für die Bevölkerung zurückgewiesen.

Der Ministerrat mit 45 Mitgliedern stellte einen Rücktritts-Antrag an das Parlament der DDR. Die DDR-Regierung wird aber ihre verfassungsmäßigen Aufgaben bis zur Abberufung nicht aufgeben. Das neue Ministerkabinett durch die Volkskammer wahrnehmen, erklärte der neue Regierungssprecher Wolfgang Meyer am Abend vor Journalisten in Ost-Berlin. Diese Entscheidung der Regierung, an deren Spitze seit 1978 Willi Stoph stand, wurde nach dem Auszug eines SED-Pollbürostitzes bekanntgegeben.

Die Regierung wendet sich an die Bürger unseres Landes, in dieser politisch und ökonomisch ernststen Situation alle Kräfte dafür einzusetzen, daß alle für das Volk, die Gesellschaft und die Wirtschaft lebensnotwendigen Funktionen aufrecht erhalten werden“, heißt es in der von Meyer vorgelegenen und von der amtlichen DDR-Nachrichtagentur ADN verbreiteten Ministerrats-Erklärung.

Als Regierung der DDR steht der Ministerrat an der Spitze des Staatsapparats. Unter den 45 Mitgliedern gab es bislang mit Margot Honecker nur eine Frau, sie war bereits vor kurzem als Volksbildungsministerin zurückgetreten.

Der Entwurf für das neue Reisesgesetz fällt

Seit Samstag 35 000 Flüchtlinge im Zeitraffer

Massenauszug ungeachtet aller DDR-Reformankündigungen

München/Schirnding (AP): Ungeachtet aller Reformankündigungen mit der Massenauflösung von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik über die CSSR und Ungarn weiter an. Rund 35 000 DDR-Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei werden nach einer Hochrechnung des Bundesgrenzschutzes seit der Öffnung der CSSR-Grenzen am Samstag morgen bis zum heutigen Mittwoch morgen in Bayern eingetroffen sein. Bis zum Dienstag mittag waren es bereits rund 28 000, und es müsse mit 6000 bis 8000 weiteren Flüchtlingen aus Prag gerechnet werden, heißt es. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Das Ganze ist ein großes organisatorisches Problem, aber wir werden alle unterbringen, und von einer Katastrophe kann keine Rede sein“, sagte BGS-Sprecher Klaus Papenfuß der AP.

Zu den CSSR-Flüchtlingen kommen nach Auskunft der Grenzpolizei noch täglich zwischen 250 und 300 DDR-Flüchtlinge, die nach wie vor über Ungarn und Österreich einreisen. Der Ansturm in den letzten 24 Stunden bis zum Dienstag morgen war am

Grenzübergang Schirnding zeitweilig so stark, daß die Abfertigung der DDR-Fahrer wurde mehrmals kurzzeitig unterbrochen werden mußte, um den Lastwagen-Stau abzubauen, der sich wegen des Andrangs und der bevorzugten Abfertigung der DDR-Wagen gebildet hatte.

BGS-Sprecher Papenfuß teilte mit, gegenwärtig gebe es fiberhohe Gespräche zur Mobilisierung von neuen Notaufnahmehäusern, da ein Ende des Flüchtlingsstroms nicht abzusehen sei. Die Bundeswehr habe inzwischen zwei Kasernen für die Flüchtlinge zur Verfügung gestellt. Es handele sich um eine Kaserne in Lagerfeld bei Augsburg und um die Saarberg-Kaserne in Landsberg am Lech mit insgesamt 500 Plätzen. Dazu kämen noch Unterkünfte für übergende Bundeswehrsoldaten am Truppenübungsplatz Schwarzwald-Mauls in Hessen mit einer Kapazität von 800 Plätzen. In Geretried bei München werde die Katastrophenschutzschule geräumt und für die Aufnahme von 300 DDR-Flüchtlingen vorbereitet. Auch der Bundesgrenzschutz werde noch weitere Plätze zur Verfügung stellen.

Von Siegfried Lambert

Praktisch im Zeitraffer bemüht sich die (noch) amtierende SED, dem wachsenden Selbstbewusstsein der Bürger und ihren immer unerbittlicher vorgemachten Forderungen entgegenzukommen. Aber das genügt bereits nicht mehr. Die täglich anwachsende Kette von Ungeheuerlichkeiten liefert statt dessen den Beleg für den galoppierenden Machverfall einer Partei, zu dem auch der Rücktritt der DDR-Regierung gehört.

Das Beispiel des Reisesgesetzes zeigt, daß der jahrzehntlang kontrollierte Machtapparat auf einmal ein Eigenleben entwickelt. Er reagiert immer stärker auf den Protest von unten, auf die Hunderttausenden auf der Straße und den Strom der Abwanderer. Auch mit einer ausgewechselten Spitzezenk kann Parteichef Krenz kaum darauf hoffen, ohne eindeutige Signale das Steuer für den Umbau in der Hand zu behalten.

Die unzureichende, weil in Panik zusammengeschriebene Reisesregelung erfährt gestern ausgerechnet durch den Verfassungsausschuß der Volkskammer, ein bislang unbedeutender Funktionsrüßel mit Akklamationscharakter, eine verminderte Beurteilung. Am gleichen Morgen, am Samstag, so auch die früher kreuzbraue FDJ, also der Parteinauchwuchs. Niemand in Ost-Berlin hält sich mehr an die alten Regeln. Die gelten offenbar für eine andere DDR.

Die unzureichende, weil in Panik zusammengeschriebene Reisesregelung erfährt gestern ausgerechnet durch den Verfassungsausschuß der Volkskammer, ein bislang unbedeutender Funktionsrüßel mit Akklamationscharakter, eine verminderte Beurteilung. Am gleichen Morgen, am Samstag, so auch die früher kreuzbraue FDJ, also der Parteinauchwuchs. Niemand in Ost-Berlin hält sich mehr an die alten Regeln. Die gelten offenbar für eine andere DDR.

Die unzureichende, weil in Panik zusammengeschriebene Reisesregelung erfährt gestern ausgerechnet durch den Verfassungsausschuß der Volkskammer, ein bislang unbedeutender Funktionsrüßel mit Akklamationscharakter, eine verminderte Beurteilung. Am gleichen Morgen, am Samstag, so auch die früher kreuzbraue FDJ, also der Parteinauchwuchs. Niemand in Ost-Berlin hält sich mehr an die alten Regeln. Die gelten offenbar für eine andere DDR.

Die unzureichende, weil in Panik zusammengeschriebene Reisesregelung erfährt gestern ausgerechnet durch den Verfassungsausschuß der Volkskammer, ein bislang unbedeutender Funktionsrüßel mit Akklamationscharakter, eine verminderte Beurteilung. Am gleichen Morgen, am Samstag, so auch die früher kreuzbraue FDJ, also der Parteinauchwuchs. Niemand in Ost-Berlin hält sich mehr an die alten Regeln. Die gelten offenbar für eine andere DDR.

2. Fußball-Bundesliga Darmstadt 98 - Alemannia Aachen 1:0

IG Metall fordert 35-Stunden-Woche und acht bis neun Prozent

Stuttgart (dpa): In der bundesdeutschen Metallindustrie liegt jetzt die erste erakte Zahl für die Tarifrunde 1990 auf dem Tisch: Die Gewerkschaft in Baden-Württemberg soll acht bis neun Prozent mehr Lohn und Gehalt sowie die Einführung der 35-Stunden-Woche als „Normalarbeitszeit“ fordern, schlug der Stuttgarter IG-Metall-Bezirksleitung gestern bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Lindefeld vor. Der derzeit gültige Tarifvertrag der Metallindustrie läuft zum 31. März 1990 aus. Verhandlungsauftritt soll am 16. Januar in Stuttgart sein.



Sport aktuell

Großzügiger Scheich

Abu Dhabi (dpa): Fürstlich entlohnt haben die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) jetzt ihre Fußball-Spieler für ihre Qualifikation zur Endrunde auf dem Tisch: Die Weltmeisterschaft im nächsten Jahr in Italien. Bei einem Empfang der Mannschaft in Abu Dhabi gab der Staatspräsident Scheich Said Bin Sultan Al Nahjan bekannt, daß alle 26 Mitglieder des Teams vom Persischen Golf je eine halbe Million Dirham (etwa knapp 260 000 Mark) erhalten, mit der sie den Bau eines neuen Hafens finanzieren könnten. Die Fußball-Spieler aus den Emiraten Dubai, Abu Dhabi und Sharjah werden als nationale Helden verehrt, nachdem es ihnen gelungen war, im letzten Monat in Singapur den Vereinigten Emiraten als einzigem asiatischem Land den Einzug in eine Weltmeisterschaft zu sichern.

Fisch- und Fritten-Imbissläden geht an die Londoner Börse

Börsenhaie finden Geschmack an Fischaktien

Seit sechs Jahrzehnten gibt es bei Harry Ramsden's in Gulseley in der englischen Grafschaft West Yorkshire Fish and Chips. Jetzt verkauft das beliebte Schnellrestaurant auch Aktien, und aller Voraussicht nach werden die vier Millionen Anteilscheine weggehen wie warme Semmeln. Billig sind sie - das Stück kostet ein Pfund Sterling, weniger als eine Portion Fish and chips, für die man mittlerweile schon ein Pfund 50 Pence hinlegen muß. Die Aktien sollen zum Ende des Monats über den „Dritten Markt“ der Londoner Börse an den Mann gebracht werden - das ist die Abteilung für die we-

niger vornehmen Westpapiere, wo die Bedingungen für die Zulassung zum Börsenhandel leichter sind. Der Erwerb ist mit einem handfesten Vorteil verbunden. Den Aktionären werden Preisnachlässe für Nachkäufe zugesichert. Jeder Interessent muß Aktien für mindestens 500 Pfund zeichnen. Die Zeichnungsfrist läuft am 13. November ab, die Börsennotierung beginnt am 21. Die mit der Platzierung beauftragte Investmentmaklerfirma berichtet: „Wir werden in sämtlichen Niederlassungen mit Nachfragen nach dem Prospekt eingeschmeißelt. Es scheint, daß wir gewaltig überzeichnet sein werden.“

Das 61 Jahre alte Restaurant gibt alljährlich eine Million Pfund in die Londoner Börse. Die Aktionäre zielt nicht zuletzt auf die Stammkundschaft ab. „Fish and Chips sind vor allem in schlechten Zeiten eine gute Anlage“, sagt Geschäftsführer John Barnes. Die bisherigen Gesellschafter der Harry Ramsden plc behielten die Hälfte des Grundkapitals. Mit dem Verkauf der anderen Hälfte wird das Unternehmen die Einführung von Filialrestaurants in Großbritannien finanzieren.

Unterland aktuell

Elektroauto in Heilbronn

Heilbronn (tl): Premiere feierte die Kleinstzuggastelle für die Stadt Heilbronn: Sie ließ das erste Elektroauto zu. Diplomingenieur Gerd Fromm hat die erste Serie der Kleinstzuggastelle in Baden-Württemberg bis jetzt 48 Fahrzeuge dieser Art registriert, davon bereits im Landkreis Heilbronn. Das nur 2,73 Meter kurze und 1,06 Meter schmale Auto bringt es auf 50 Stundenkilometer und wird per Steckdose aufgeladen.